

Finanzausschuss
Wortprotokoll
118. Sitzung

Mittwoch, den 28.11.2012, 12:30 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Jakob-Kaiser-Haus
Sitzungssaal: 1.228

Vorsitz: Dr. Birgit Reinemund, MdB

ÖFFENTLICHES FACHGESPRÄCH

zu dem Thema "Libor-Manipulationen und andere Fehlentwicklungen in der Finanzbranche"

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Plätze einzunehmen, dass wir punktgenau beginnen können. Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen zur 118. Sitzung, zur öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses. Ich begrüße vor allen Dingen und sehr herzlich die Experten, die unserer Einladung gefolgt sind und heute ihren Sachverstand zur Verfügung stellen, zur Beratung zum Thema „Libor-Manipulationen und andere Fehlentwicklungen in der Finanzbranche“.

Soweit Sachverständige davon Gebrauch gemacht haben, dem Finanzausschuss vorab ihre schriftliche Stellungnahme zukommen zu lassen, sind diese an alle Mitglieder des Ausschusses verteilt worden. Die Stellungnahmen finden sich auch im Internetauftritt des Finanzausschusses wieder und werden Bestandteil des Protokolls zur heutigen Sitzung sein.

Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses und soweit anwesend auch die der mitberatenden Ausschüsse.

Für die Bundesregierung darf ich Herrn PStS Koschyk sowie weitere Fachbeamte des Bundesfinanzministeriums (BMF) begrüßen. Ich begrüße die Vertreter der Länder – soweit anwesend – und die Vertreter der Bild-, Ton-, und Printmedien und nicht zuletzt darf ich dann noch alle Zuhörer und Zuschauer auf den bevorzugten Rängen begrüßen .

Ausgangspunkt des heutigen Fachgesprächs war der Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Für diese Anhörung ist ein Zeitraum von eineinhalb Stunden vorgesehen, also bis ca. 14.00 Uhr. Nach unserem bewährten Verfahren sind höchstens zwei Fragen an einen Sachverständigen bzw. jeweils eine Frage an zwei Sachverständige zu stellen. Ziel ist es dabei, möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zur Fragestellung und Ihnen als Sachverständigen zur Antwort zu geben. Ich darf deshalb um kurze Fragen und genauso prägnante kurze Antworten bitten.

Die fragestellenden Kolleginnen und Kollegen darf ich bitten, stets zu Beginn ihrer Frage die Sachverständige oder den Sachverständigen zu nennen, an den sich die Frage richtet, und bei einem Verband nicht die Abkürzung, sondern den vollen Namen zu nennen, um Verwechslungen zu vermeiden. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Fragesteller vorab hier anzumelden.

Zu der Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Anhörung mitgeschnitten. Zur Erleichterung derjenigen, die unter Zuhilfenahme des Mitschnitts das Protokoll erstellen, werden die Sachverständigen vor jeder Abgabe einer Stellungnahme von mir nochmals namentlich aufgerufen. Ich darf Sie alle bitten, die Mikrofone zu benutzen und am Ende des Statements wieder abzuschalten.

Dann darf ich zum Schluss noch einmal alle Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, dass im Anschluss an diese Anhörung eine weitere Anhörung um 14.30 Uhr, im Reichstagsgebäude, Saal 2 M 001, stattfindet.

Wir beginnen mit der ersten Fragerunde. Für die Fraktion der CDU/CSU hat das Wort Herr Abg. Flosbach.

Abg. Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage geht an die BaFin. Bitte schildern Sie uns einmal, wie die Referenzzinssätze Libor und Euribor bisher ermittelt wurden und wie Sie von den beteiligten Banken manipuliert worden sind nach Ihren jetzigen Erkenntnissen, und gehen Sie bitte auch einmal darauf ein, welche Grundsätze die beteiligten Banken bisher bei der Abgabe von Quotierungen für die Ermittlung von Benchmarks wie Libor und Euribor bisher einhalten mussten.

Und dann geht die zweite Frage an die Deutsche Bundesbank. Vielleicht können Sie uns einmal ein paar Beispiele darstellen, welche konkreten Auswirkungen diese Marktmanipulationen auf Finanztransaktionen hatten und welche Gründe dafür bestanden haben, diesen Weg so zu gehen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Die Deutsche Bundesbank ist nicht da, aber es war abgesprochen, dass Herr Röseler das übernehmen wird.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Caspari für den ersten Teil, Herr Röseler im Anschluss. Herr Caspari, bitte.

Sv Karl-Burkhard Caspari (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Der Libor wird für 10 Währungen und 15 Fälligkeiten overnight bis 12 Monate berechnet. De facto gibt es 150 Liborsätze. Der Euribor wird ausschließlich auf Euro und US-Dollar denominierte Termingeldtransaktionen für 15 Fälligkeiten berechnet, de facto gibt es 30 Euibor-Zinssätze. Dazu kommt der overnight-Eonia-Satz. Der Libor ist das arithmetische Mittel der von ausgewählten Investmentbanken gemeldeten Zinssätze für potentielle Refinanzierungsgeschäfte. Die Ermittlung des Libor wird durch die British Bankers' Association organisiert. Hierbei liefern die Institute der British Bankers'

Association die Konditionen, zu welchen sie selbst unbesichert Geld von anderen Marktteilnehmern aufnehmen könnten. Die Banken kommunizieren de facto vermutete und nicht auf tatsächlichen Geschäften beruhende Zinssätze. Für die Libor-Sätze bestehen die Panels je nach Währung aus 6 bis 18 internationalen Banken, wobei immer die höchsten 25 Prozent und niedrigsten 25 Prozent der gemeldeten Zinssätze bei der Berechnung des Libor unberücksichtigt bleiben. Die Berechnung selbst erfolgt durch Thomson Reuters.

Der Euribor wird durch die European Banking Federation (EBF) als arithmetisches Mittel der von ausgewählten Banken gemeldeten Zinssätze ermittelt, wobei die 15 Prozent, also im Gegensatz zu 25 Prozent beim Libor, höchsten und die 15 Prozent niedrigsten gemeldeten Zinssätze nicht berücksichtigt werden. Anders als beim Libor kommunizieren die Panel-Institute für die Berechnung des Euribor jedoch ihre Vermutung darüber, zu welchen Konditionen die besten Banken in der Eurozone, also nicht notwendigerweise die meldende Bank selbst unbesichert Geld an andere beste Marktteilnehmer leihen könnten. Das Panel der beitragenden Institute ist deutlich größer, maximal 18 sind es bei Libor, beim Euribor sind es gut 40 Banken, die dazu beigetragen haben.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Herr Röseler.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Zum zweiten Teil der Frage: Wie wurde der Libor oder wie wurden Referenzzinssätze manipuliert? Vorweg vielleicht: Weder sind unsere Ermittlungen abgeschlossen, noch die Ermittlungen der andern Behörden in anderen Ländern, die die Vorgänge untersuchen. Ich kann deshalb nichts abschließendes dazu sagen, ich kann nur sagen, es gibt Hinweise darauf, dass es Absprachen zwischen Händlern der beteiligten Banken gegeben haben könnte. Das heißt, Händler haben gegenüber anderen Banken möglicherweise den Wunsch geäußert, mach den Libor-Satz ein bisschen niedriger, meldet einen niedrigeren Satz oder meldet einen höheren Satz, darauf gibt es Hinweise. Aber wie gesagt, unsere Ermittlungen sind nicht abgeschlossen, deswegen kann ich auch nicht abschließend sagen, wie es wirklich gelaufen ist.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank. Nächster Fragesteller für die Fraktion der SPD ist Abg. Zöllmer.

Abg. Manfred Zöllmer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Leithner von der Deutschen Bank, jedenfalls die erste Frage. Mich würde interessieren: In einem international aufgestellten Bankkonzern, welche Zuständigkeiten gibt es da, wer ist in diesem Fall verantwortlich für die Ermittlung dieser Daten? Wie erfolgt die Berechnung und die Weitergabe?

Und die zweite Frage richtet sich an Herrn Bänziger. Sie waren früher als Risikomanager in diesem Bereich tätig und mich würde einfach interessieren, welche konzerninternen Kontrollstrukturen hat es eigentlich in diesem Zusammenhang gegeben? Waren Sie involviert in diesem Berechnungszusammenhang und wenn Sie nicht involviert waren, warum eigentlich nicht?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner hat das Wort.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Vielen Dank. Vielen Dank auch für die Gelegenheit als Sachverständiger für die Deutsche Bank hier vortragen zu dürfen. Zu der ersten Frage, wie die Datenermittlung und –übertragung dafür erfolgt: Je nach den verschiedenen Referenzsätzen gibt es unterschiedliche Guidelines, die dafür zusammengestellt worden sind. Wie diese Daten aus dem aktuellen Marktumfeld ermittelt werden, das ist sehr unterschiedlich, je nachdem ob Euribor- oder Libor-Satz, es gibt auch eine ganze Reihe von anderen Referenzsätzen. Für diese Datensätze erfolgt eine Qualitätskontrolle und so, wie das von der BaFin auch dargestellt wurde, ist es täglich um 11 Uhr dann einzumelden und wird von uns an den entsprechenden Datendienstleister übertragen. Das ist im Grunde der Ablauf, der in diesen drei Schritten dazu stattfindet.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank, Herr Dr. Leithner. Es folgt Herr Bänziger.

Sv Hugo Bänziger: Auch meinerseits vielen Dank für die Einladung. Ich glaube, die Frage, die Sie stellen, Herr Zöllmer, ist außerordentlich wichtig, was für Kontrollen in einem Konzern existieren. Grosso modo ist es so, dass im Konzern zwei Arten von Kontrollen funktionieren. Das erste sind Kontrollen der Finanzdaten. Wenn ein Konzern wie die Deutsche Bank Finanzdaten an die Aufsicht oder die Zentralbank meldet oder wenn wir das an externe Vermögensverwalter geben, dann werden die über einen Prozess, der heißt Financial Transparency, im Finanzdepartment geprüft.

Die zweite Art von Kontrolle läuft über die so genannte Compliance. Die Compliance ist verantwortlich für das Einhalten von Prozessen, wie etwa, ob die Geldwäscheprävention richtig betrieben wird, ob Know your Customer – dass man die Kunden wirklich kennt – oder die Insider-trading-Vorschriften richtig eingehalten werden. Ich wurde im Jahre 2008 verantwortlich für die Bereiche „Legal“ und „Compliance“, als ich einen Teil des Ressorts von Herrn Heidebrecht übernahm. Damals hat „Compliance“ an „Legal“ berichtet, und wir haben das dann später, Ende des Jahres 2008, aufgeteilt, und danach war ich dann zuständig. Wir haben in „Compliance“ die hier infrage stehenden Prozesse nicht

angeschaut, weil es um Finanzdaten ging, und deshalb kann ich Ihnen eigentlich nicht sagen, wer für die Kontrolle dieser Daten verantwortlich war, dafür, dass die Daten auch korrekt waren, so wie sie geliefert wurden.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank. Für die Fraktion der FDP hat das Wort Abg. Sänger.

Abg. Björn Sänger (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe eine Frage an Herrn Leithner. Das System des Interbankenmarktes beruht auf dem Gedanken von Vertrauen, das ist der Anfang von allem. Vor allen Dingen auf Vertrauen in die jeweilige Stabilität, denn für diese Form der Kredite gibt es keine Sicherheiten. Seit 2008, seit Lehmann, müssen wir feststellen, dass dieser Handel gestört ist, was dazu geführt hat, dass die Notenbanken hier aushelfen mussten. Deswegen meine Frage: Wie bewerten Sie dieses System und glauben Sie, dass in der heutigen Finanzwelt Vertrauen noch ein Grundgedanke mit Gewicht sein kann?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner hat das Wort.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Ich glaube zu der Frage hinsichtlich der vertrauensbasierten Ermittlung dieser Sätze muss man wissen, dass ganz klar die Richtlinien von der Frage ausgehen: „Was glauben sie zum jetzigen Zeitpunkt, zu welchen Konditionen würden zwischen Banken solche Transaktionen stattfinden?“ Es ist bewusst an dieser Stelle eine Experteneinschätzung gefragt. Ich glaube, dass Vertrauen dafür ein wichtiger Parameter ist. Ich glaube, die aktuelle Herausforderung, die wir haben, ist in der Tat, wie wir ausreichend Vertrauen sicherstellen können. Deswegen nehmen wir das Thema „Libor“ auch sehr ernst. Ich glaube, das führt zurück zur Frage des Vertrauens gegenüber den Banken im Finanzmarkt, und dazu gehört die Aufklärung, aber daneben auch die Weiterentwicklung von Systemen. Dazu gibt es schon eine Reihe von konkreten Vorschlägen, wie in Zukunft solche Referenzsätze ermittelt werden sollen, damit ein gutes Vertrauen in diese Referenzsätze bestehen kann.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank, Herr Dr. Leithner. Nächster Fragesteller ist Herr Pitterle für die Fraktion DIE LINKE..

Abg. Richard Pitterle (DIE LINKE.): Danke, Frau Vorsitzende. Meine beiden Fragen richten sich an Herrn Douglas J. Keenan. Zur ersten Frage: Bereits im Juni 2008 hatte die US-amerikanische Notenbank die britische Bankenaufsicht und das britische Finanzministerium auf Manipulationen beim Libor seit Herbst 2007 hingewiesen und zahlreiche Vorschläge für Änderungen unterbreitet. Die britische Bankenaufsicht und die

britische Regierung hatten somit seit 2008 von den Manipulationen des Libor Kenntnis, haben aber darauf nicht reagiert. Herr Keenan, warum haben die britische Bankenaufsicht und die britische Regierung trotz der Information und der Vorschläge der US-amerikanischen Notenbank nichts unternommen, um schon vor vier Jahren gegen die Manipulation des Libors vorzugehen? Was glauben Sie?

Und die zweite Frage: Sie haben in Ihrem Artikel in der Financial Times, der auch übersetzt in der Financial Times Deutschland am 2. August dieses Jahres abgedruckt wurde, aufgezeigt, dass der Libor eigentlich schon seit 1991 manipuliert wurde. Damals arbeiteten Sie bei der Investment Bank Morgan Stanley in London als Trader für Anleihen, Derivate und andere Wertpapiere, das sind über 20 Jahre. Warum ist in dieser langen Zeit angeblich nichts nach außen gedrungen, d. h. insbesondere zur britischen Bankenaufsicht, obwohl es enge Kontakte und einen intensiven Informationsaustausch zwischen dem Bankenverband und der Bankenaufsicht gab? Könnte die deutsche Bankenaufsicht aufgrund von Marktgerüchten oder Kommunikation im Markt auch etwas gewusst haben?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Ich darf darauf hinweisen, dass wir Simultanübersetzung haben, deutsch auf Kanal 1, englisch auf Kanal 2 und erteile gerne das Wort an Herrn Keenan.

Sv Douglas J. Keenan: Vielen Dank. Zu Ihrer ersten Frage, die lautete, wann die US-amerikanische Notenbank die britische Regierung und die britische Bankenaufsicht informiert hat: Ich war nicht direkt daran beteiligt und kann daher auch nur Vermutungen äußern, aber ich habe – unter diesem Vorbehalt – den Verdacht, dass die britische Aufsichtsbehörde in erster Linie mit der Rettung des Bankensystems beschäftigt war. Man befürchtete ernsthaft, dass es zu einem kompletten Zusammenbruch – einem systemischen Zusammenbruch – kommen könnte, und dagegen musste man als erstes kämpfen, alles andere rückte demgegenüber in den Hintergrund. Wenn man 2008 versucht hätte, das Thema „Libor“ anzugehen, hätte dies möglicherweise zu einer weiteren Destabilisierung des Systems geführt. Das wäre zum damaligen Zeitpunkt genau das falsche Rezept gewesen. Obwohl ich also nicht involviert war und es nicht genau weiß, glaube ich, dass die Maßnahmen der Bankenaufsicht zum fraglichen Zeitpunkt 2008 vernünftig waren.

Nun zu Ihrer zweiten Frage, in der Sie zwanzig Jahre zurückgehen in das Jahr 1991, als ich zum ersten Mal von den Libor-Manipulationen erfuhr. Und die Frage lautet: Warum wurde über einen so langen Zeitraum hinweg nichts unternommen? Ich glaube, das liegt im Wesentlichen an zwei Dingen. Erstens: Erfüllen die Aufsichtsbehörden ihre eigentlichen Aufgaben? Und zweitens: Sind sie denn überhaupt in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen? In Bezug auf den ersten Teil ist zu sagen, dass die Aufsichtsbehörden damals, 1991, in sehr

engem, direktem Kontakt zu den Banken standen. Wir alle, d.h. meine Kollegen und ich, waren damals als Trader tätig und sahen die Aufsichtsbehörden im Grunde genommen als eine Lachnummer an. Sie kamen ihren Aufgaben nicht nach, und es war klar, dass sie daran überhaupt kein Interesse hatten. Sie hielten sich einfach raus. Ich glaube, dass es sich bei dem System, wenn man noch weiter bis in die 80er Jahre zurückblickt, um eine Art Seilschaft handelte – sowohl in England als auch in Deutschland – und das Ganze blieb bestehen, auch nachdem man die Gesetze geändert hatte. Dies war natürlich wichtig, aber es dauert seine Zeit, bis sich die Kultur ändert.

Die andere Frage ist: Sind sie überhaupt kompetent? In der Privatwirtschaft kann man ein Vielfaches mehr verdienen als im öffentlichen Sektor. Und das bedeutet, dass die Qualität der Beschäftigten, die für die Bankenaufsicht zuständig sind... diese Leute sind schlicht nicht so kompetent wie die Leute, die in der Privatwirtschaft arbeiten. Wenn sie tatsächlich so kompetent wären, wären sie wahrscheinlich in der Privatwirtschaft tätig und würden viel mehr Geld verdienen. Und deshalb ist es für die Privatwirtschaft so viel einfacher, den öffentlichen Sektor auszutricksen. Ich weiß das, ich kenne einige Mitarbeiter der Aufsichtsbehörden persönlich, und der Unterschied in Bezug auf die Intelligenz ist frappierend. Die Frage lautet also: Hat der öffentliche Sektor ein Interesse daran, die Gehälter zu zahlen, die man zahlen muss, wenn man Leute mit hoher Kompetenz für sich gewinnen will? Denn das ist das eigentlich Notwendige.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank. Nächster Fragesteller ist Abg. Dr. Schick für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Fragen an die BaFin. Meine erste Frage ist: An welchem Tag, auf welchem Weg und von wem hat die BaFin erstmals von möglichen Manipulationen am Libor erfahren? Meine zweite Frage ist: Wann wurde die Sonderprüfung bei der Deutschen Bank und gegebenenfalls jeweils bei anderen Banken, falls es da noch andere gibt, in Auftrag gegeben und wie erklärt sich der zeitliche Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Datum?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Für die BaFin Herr Röseler, bitte.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Vielen Dank. Wann haben wir was erfahren? Wir haben es 2010 von der CFTC¹ erfahren.

(Nichtrekonstruierbarer Zwischenruf aus der Zuhörerschaft.)

¹ U.S. Commodity Futures Trading Commission.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Den genauen Tag muss ich nachsehen. Im Frühjahr 2010 hat uns die CFTC gesagt, dass sie bei einer Bank zur Libor-Quotierung Fragen gestellt hat. Mitte 2011, den Tag müsste ich auch genau nachsehen, hat uns die FSA² unterrichtet, dass sie ähnliche Fragen an die Deutsche Bank gestellt hat. Bei beiden Themen stand zunächst nicht der Vorwurf der Manipulation im Vordergrund, sondern mehr, wie belastbar die Sätze sind, die an die Lieferanten dieser Referenzzinssätze gemeldet werden. Wir haben daraufhin natürlich mit dem normalen Prozedere reagiert, mit Auskunftersuchen. Wir haben im Frühjahr 2012 Prüfungen, die ohnehin liefen, um einen Liboraspekt erweitert, und wir haben im Juni dieses Jahres mit der Sonderprüfung bei der Deutschen Bank begonnen. Wir haben außerdem noch Sonderprüfungen bei anderen Instituten in Gang gesetzt. Wir haben alle Institute, die in Deutschland an Panels für Libor oder Euribor beteiligt sind, gebeten, uns ihre internen Untersuchungsergebnisse zu schicken. Da, wo wir nicht von diesen internen Untersuchungsergebnissen überzeugt sind, haben wir weitere Sonderprüfungen veranlasst bzw. da, wo wir Anhaltspunkte hatten, dass Manipulationen nicht ausgeschlossen werden können. Da, wo uns die Untersuchungsergebnisse erst einmal überzeugt haben, haben wir die Institute aufgefordert, die Prozesse bzw. Kontrollmechanismen, die durchweg bei allen Instituten nicht befriedigend waren, nach unseren Vorgaben entsprechend umzugestalten. Und wir haben ihnen angekündigt, dass wir auch die Institute, die wir jetzt noch nicht mit einer Sonderprüfung beglückt haben, in absehbarer Zeit mit einer Prüfung beglücken werden, um zu sehen, wie sie denn unsere Anforderungen umgesetzt haben.

Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns die genauen Daten dann nochmal schriftlich nachreichen? Danke.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Nächster Fragesteller ist Abg. Brinkhaus für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragen an Herrn Dr. Leithner. Und zwar sehr einfache Fragen. Die erste Frage ist, Herr Röseler von der BaFin hat gesagt, es besteht ein Verdacht, dass Absprachen getroffen worden sind. Ich drücke das bewusst so allgemein aus. Können Sie ausschließen, dass Mitarbeiter der Deutschen Bank Gruppe an diesen Absprachen, wenn sie denn stattgefunden haben, beteiligt gewesen sind? Frage zwei: Wenn Sie nicht ausschließen können, dass Mitarbeiter der Deutschen Bank an diesen Absprachen beteiligt gewesen sind, können Sie dann ausschließen, dass a) das Management, d. h. die

² UK Financial Services Authority/Britische Finanzmarktaufsichtsbehörde.

Geschäftsleitung der Deutschen Bank von diesen Sachen entweder gewusst hat oder b) sie sogar irgendwo aktiv begleitet hat?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner hat das Wort.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Vielen Dank. Zu Ihrer ersten Frage, wie wir auch kommuniziert haben, ist es so, dass wir Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter relativ zu den Standards, die die Deutsche Bank hat, festgestellt haben und dass wir dafür auch disziplinarische Maßnahmen getroffen haben. Zu Ihrer zweiten Frage ist zu sagen, dass wir, wie Herr Achleitner, der Aufsichtsratsvorsitzende, auch öffentlich kommentiert hat, eine interne Untersuchung durchgeführt haben, die nach unseren klaren Erkenntnissen kein Fehlverhalten von aktuellen oder früheren Verantwortlichen im Vorstand hinsichtlich des Manipulationsthemas ergeben hat.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank. Es folgt Abg. Binding für die Fraktion der SPD.

Abg. Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Da kann ich vielleicht an diese Frage anschließen. Und ich würde gern Frau Dr. Doppler und Herrn Röseler fragen, bezogen auf den Lösungsvorschlag, dass wir die Bildung dieser Referenzzinssätze aus dem Bankenraum herausnehmen und in die öffentliche Hand geben bzw. möglicherweise auch in die Hand der Großinvestoren, wie Staatsfonds, um einfach darauf zu reagieren, dass hier offensichtlich eine kollektive kriminelle Energie existiert. Denn, wenn man sich vorstellt, dass 18 Institute in dem einen Fall, 43 in dem anderen Fall zu solchen Referenzzinssätzen beitragen – vielleicht noch mit der Nebenbemerkung, wenn ich es richtig weiß, dass die Deutsche Bank in fast allen Committees vertreten ist, die für diese Fragen zuständig sind, also eine Mittlerfunktion und gewissermaßen eine Schaltstelle in diesem Netzwerk darstellt – dann scheint es doch verdächtig zu sein, wenn Sie sagen, dass der Vorstand nichts wusste. Denn, wenn er nichts gewusst hat, war es ein schlechter Vorstand. Wenn er aber etwas gewusst hat, müssen wir über neue Dinge nachdenken. In diesem Widerspruch bewegen wir uns jetzt. Was halten Sie davon, wenn wir diese Referenzzinssätze öffentlich definieren angesichts der Erfahrungen, die wir gemacht haben?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Frau Dr. Doppler, bitte.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Ich würde, wenn Sie damit einverstanden sind, Frau Vorsitzende, die Antwort für Frau Dr. Doppler übernehmen.

Abg. Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Entschuldigung, jetzt hat sich schon jemand von der Deutschen Bank, über den im Handelsblatt stand, er weicht dem Kreuzverhör aus, unhöflich entschuldigen lassen, deshalb denke ich schon, es sollte diejenige oder derjenige antworten, die wir auch fragen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir hier keine Kreuzverhöre durchführen, sondern Sachverständige eingeladen haben.

(Zwischenruf Abg. Binding: Ganz genau, deshalb sind wir auch so harmlos.)

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Frau Dr. Doppler, wenn Sie möchten, gerne.

Sve Dr. Marisa Doppler (Deutsche Bank AG): Zu der Thematik der staatlichen oder der privaten Bildung der Sätze sind wir der Ansicht, dass das natürlich letztendlich nicht in unserer Hand liegt, das zu entscheiden. Es gibt den Wheatley-report der Briten, der ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass man der Meinung ist, es sei besser, das in privater Hand zu lassen. Auf den würden wir uns auch beziehen. Was die Frage angeht, dass, wie Sie gesagt haben, die Deutsche Bank da eine Mittlerfunktion hatte: Die sehen wir ehrlich gesagt nicht. Die Deutsche Bank war nach unseren Erkenntnissen nicht maßgeblich an diesen Dingen, die uns zur Last gelegt werden, beteiligt. Wir sind tatsächlich an der Erstellung verschiedener Sätze, dem Libor, aber auch an anderen Regionen beteiligt, aber die Vorwürfe, die Sie in den Raum gestellt haben, kann ich nicht bestätigen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Röseler hat das Wort.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Die Meinung der Deutschen Bank, die Ermittlung der Referenzzinssätze in privater Hand zu lassen, teile ich ausdrücklich nicht. Ich habe viel Sympathie dafür, diesen Prozess komplett zu ändern, weise aber auch darauf hin, diese Zinssätze werden z. T. auf globaler Ebene ermittelt, d. h. der Handlungsspielraum der Deutschen und der deutschen Gesetzgebung ist da beschränkt. Ich glaube, die Sätze, so wie sie jetzt ermittelt werden, auf Basis von nicht durchgeführten Transaktionen, sind nicht überlebensfähig, das wird nie ein valides Bild ergeben.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächster Fragesteller ist Herr Flosbach für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage geht an Herrn Voigtländer von Portigon. In der öffentlichen Verlautbarung wird deutlich gemacht, dass die WestLB oder Portigon mit der ganzen Sache nichts zu tun hat. Jetzt ist

Barclays zu einem Bußgeld in dreistelliger Millionenhöhe verurteilt worden, weil sie offensichtlich Vorteile gehabt haben. Sie haben mit der Sache nichts zu tun, also müssten Sie Nachteile gehabt haben. Bei meiner ersten Frage habe ich schon einmal das Thema angesprochen, welche Auswirkungen diese Manipulationen auf die Finanztransaktionen gehabt haben. Können Sie uns das noch einmal darstellen, wo dann die Nachteile für die einzelnen Marktteilnehmer sind?

Und eine zweite Frage, die geht dann an die BaFin. Herr Keenan hat dargelegt, dass er bereits vor 20 Jahren auf offensichtliche Manipulationen hingewiesen hat. Warum hat die Aufsicht dieses Thema überhaupt nicht angenommen, weder in Deutschland noch im internationalen Bereich? Warum ist es nicht früher aufgefallen, dass hier manipuliert wurde?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Voigtländer hat das Wort.

Sv Dietrich Voigtländer (Portigon AG): Auch ich möchte mich bedanken, dass ich heute hier als Sachverständiger für Portigon früher WestLB eingeladen wurde. Eine Sache möchte ich vorwegschicken. In Umsetzung der EU-Entscheidung zur Zerschlagung der WestLB aus Mai 2009 und Dezember 2011 sind wir konsequent aus all diesen Panels ausgeschieden, beispielsweise aus dem Pfundpanel im Juni 2010 und aus weiteren Panels später, weil die Entscheidung dazu geführt hat, dass die Bilanzsumme etc. deutlich reduziert wurde. Ihre Frage war nach potenziellen Vorteilen bei Marktteilnehmern. Dabei ist die Frage, wie man auf der Aktiv-Passiv-Seite positioniert ist. Für die damalige WestLB kann ich sagen, dass keine besonders einseitige Positionierung auf der Aktiv- oder Passivseite bestanden hat, so dass höhere oder niedrigere Libor-Sätze nicht zu besonderen Vorteilen geführt hätten.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Herr Röseler.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Vielen Dank. Zur Frage, warum haben wir erst 20 Jahre nach den Erfahrungen des Herrn Keenan reagiert? Ich hätte gern diesen Artikel nicht im August 2012 gelesen, als ich ihn das erste Mal gelesen habe, sondern ich hätte ihn gern auch schon vor 20 Jahren gelesen, dann hätten wir auch sicherlich schon vor 20 Jahren reagiert. Fakt ist, wir haben uns erstmals 2008 Gedanken gemacht. Damals aber mehr unter dem Blickwinkel, warum die Libor-Sätze eigentlich so niedrig sind und warum so wenig am Libor passiert, obwohl die Geldmärkte offensichtlich verkrustet sind und zumindest auf internationaler Ebene sich Banken untereinander kaum noch Geld ausleihen. Dabei ist aber festzustellen, deutsche Banken haben sich auch 2008/2009 sehr gut refinanzieren können, die waren von der Verkrustung deutlich weniger getroffen als andere Banken. Und man muss auch sagen, die Ermittlung dieser Zinssätze

stand nie unter BaFin-Aufsicht. Gerade der Libor ist in London ermittelt worden, auf Grundlage einer freiwilligen Initiative von Marktteilnehmern, es lag schlicht nicht in der Zuständigkeit der BaFin, in diesen Prozess reinzuschauen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Nächster Fragesteller ist Abg. Brinkhaus für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich nochmal an Dr. Leithner. Sie haben gerade in Beantwortung meiner ersten Frage gesagt, dass Mitarbeiter der Deutschen Bank gegen die Standards der Deutschen Bank verstoßen haben und dass dagegen auch disziplinarisch vorgegangen wird. Ich möchte das jetzt erweitern. Haben diese Mitarbeiter der Deutschen Bank nur gegen Standards der Deutschen Bank verstoßen oder haben sie auch Verstöße, die zivilrechtliche oder strafrechtliche Folgen haben können, begangen? Das ist die erste Frage. Die zweite Frage ist, hatten die Deutsche Bank oder Kunden der Deutschen Bank einen Vorteil von diesen Verstößen der Mitarbeiter gegen die Standards der Deutschen Bank?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner, bitte.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Wie von Herrn Röseler eingangs dargestellt, sind die Untersuchungen durch die verschiedenen Behörden noch nicht abgeschlossen. Insofern kann man zu Ihrer ersten und damit auch zu Ihrer zweiten Frage zum jetzigen Zeitpunkt keine Antwort geben.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächster Fragesteller ist Abg. Sänger für die Fraktion der FDP.

Abg. Björn Sänger (FDP): Vielen Dank. Dann will ich da anknüpfen. Sie sagten auch in Beantwortung auf meine erste Frage, dass Sie Maßnahmen ergriffen hätten, die das Vertrauen wieder herstellen sollen. Welche sind das denn?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner, bitte.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Die Maßnahmen sind einerseits eine uneingeschränkte Zusammenarbeit mit den betreffenden Behörden und unsere eigenen internen Untersuchungsbemühungen. Ich glaube aber vor allem im zweiten Schritt sind das auch die intensive Begleitung und der konstruktive Input zu den Reformfragen, die sich stellen, da wir an vielen Stellen unmittelbar mit der Marktpraxis und mit der Frage zu tun haben, wo es qualifizierte Informationen gibt, wie das eben auch angesprochen wurde. Das

ist der zentrale Teil, um nach vorne zu gehen, um wieder belastbare Referenzsätze zu bekommen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Abg. Zöllmer für die Fraktion der SPD.

Abg. Manfred Zöllmer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Leithner. Herr Dr. Leithner, rechnen Sie eigentlich intern mit möglichen Schadensersatzforderungen gegen die Deutsche Bank, und haben Sie da intern Vorsorge getroffen für den Fall, dass es solche Schadensersatzforderungen gibt?

Und meine zweite Frage richtete sich an Herrn Röseler. Herr Röseler, sehen Sie einen Schritt in die richtige Richtung, wenn die Europäische Union Zinsfalschmeldungen und –fälschungen mit der Aufnahme in die Marktmissbrauchsgesetzgebung unter rigide Strafen stellt, und würde das Ihre Arbeit in solchen Fällen erleichtern?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner hat das Wort.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Zum ersten Teil Ihrer Frage: Es ist so, dass wir auch in unseren Halbjahres- und Quartalsberichten bekannt gegeben haben, dass es vorgerichtliche Verfahren gibt und dass es in den USA Sammelklagenbemühungen gibt. Wir rechnen zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit Schadensersatzansprüchen aus diesen, viele der Untersuchungen laufen aber noch. Wie wir auch im Rahmen der Halbjahreszahlen bereits bekannt gegeben haben, haben wir für etwaige Schäden, die nicht durch den Schaden der Betroffenen, sondern einfach aufgrund der laufenden verschiedenen öffentlichen Untersuchungen entstehen, Rückstellungen gebildet, die wir für angemessen halten.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Es folgt Herr Röseler.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Ich würde gern an Herrn Caspari delegieren.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Caspari hat das Wort.

Sv Karl-Burkhand Caspari (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Vielen Dank. Wir begrüßen ausdrücklich diese Initiative der EU-Kommission, weil eine Regelungslücke in der Marktmissbrauchsrichtlinie geschlossen wird, denn die Manipulation des Index ist sozusagen eine mittelbare, weil sie erst einzelne Werte, die dann möglicherweise in die Index-Berechnung einfließen, manipulieren, und da ist mehr als zweifelhaft, ob die

Marktmissbrauchsrichtlinie Anwendung findet. Das hat die Kommission in den Erwägungsgründen jedenfalls ausdrücklich dargestellt, dass man diese Regelung braucht, um hier effizient Marktmanipulationen durch falsche Quotierungen entgegenzuwirken. Wir stehen hundertprozentig hinter dieser Regelung.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Für die Fraktion der CDU/CSU hat Abg. Brinkhaus das Wort.

Abg. Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Ich möchte anschließen an meine letzte Frage und die Frage des Abg. Zöllmer. Sie haben auf meine letzte Frage geantwortet, dass die Untersuchungen laufen, Sie können mich korrigieren, und dass Sie mir deswegen bezüglich der straf- und zivilrechtlichen Relevanz eigentlich noch nichts sagen können. Jetzt es ist aber so, dass Sie als kapitalmarktorientiertes Unternehmen verpflichtet sind, Rückstellungen zu bilden für Eventualitäten, die auf Sie zukommen. Sie werden eine Berechnungsgrundlage für diese Rückstellungsbildung gehabt haben. Und für die Berechnungsgrundlage dieser Rückstellungsbildung werden Sie interne Untersuchungen gemacht haben, weil Ihnen sonst diese Rückstellung von Ihren Wirtschaftsprüfern nicht bestätigt worden wäre bzw. auch wenn es eine Quartalsberichterstattung ist, Sie sich dann auch nicht an die Kapitalmarktregeln gehalten haben. Ich muss dann doch davon ausgehen, dass Sie interne Untersuchungen gemacht haben, wo Sie festgestellt haben, ob Verstöße gegen strafrechtliche oder auch gegen zivilrechtliche Vorschriften vorliegen, ob ein entsprechender Schaden für einen Dritten entstanden ist, den Sie zu begleichen haben und ob entsprechende Aufwendungen da sind für eventuelle Rechtstreitigkeiten. Und ich denke, dass Sie natürlich auch Ihre Anleger, Ihre Shareholder darüber informieren müssen, ob gegebenenfalls aufgrund dieser Rechtstreitigkeiten, die gegen Sie geführt werden, a) wegen des Reputationsschadens und b) wegen des finanziellen Schadens eine Herabstufung Ihres Ratings erfolgt. Vielleicht können Sie diesen Komplex etwas umfassender beantworten als Sie die vorherigen Fragen beantwortet haben.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner hat das Wort.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Wir haben sowohl im Halbjahres- als auch im Quartalsbericht nach dem dritten Quartal unsere Investoren vollständig dazu informiert, entsprechend den Standards, die dafür erforderlich sind. Vor dem Hintergrund der Vielzahl der verschiedenen Untersuchungen, die in verschiedenen Ländern zu verschiedenen Referenz-Zinssätzen u. a. stattfinden, haben wir in der Tat nach dem zweiten Quartal entsprechende Vorsorge getroffen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es aber eben in der Tat zu früh, Einzelaussagen zu machen, auch bezüglich der Art, wie die Rückstellungen ermittelt werden.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Abg. Dr. Troost für die Fraktion DIE LINKE..

Abg. Dr. Axel Troost (DIE LINKE.): Meine erste Frage geht noch einmal an die BaFin. Sie haben dargestellt, 2010 im Frühjahr das erste Mal etwas davon gehört zu haben und 2012 erst wirklich aktiv geworden zu sein. Nun hat die Präsidentin der BaFin, ich zitiere wörtlich aus dem Spiegel, im Juli schon gesagt „Der Libor-Zins lud zur Manipulation geradezu ein.“ Ich gehe davon aus, dass ihr Vorgänger, Herr Sanio, das möglicherweise genauso gesehen hat. Warum hat das so lange gedauert bis Sie wirklich aktiv geworden sind? Und mich würde schon interessieren, was Sie denn dann jetzt untersuchen, auch wenn das laufende Untersuchungen sind. Gehen Sie die täglichen Meldungen der letzten Jahre dann noch einmal durch, und kontrollieren Sie, ob das in irgendeiner Form mit Geschäftszahlen der entsprechenden Bank im Interbankenmarkt zusammenstimmt, die dann auch wirklich stattgefunden haben? Und vor allen Dingen, ermitteln Sie auch, welche Vor- oder Nachteile da entstanden sind? Denn Manipulation heißt, man macht mit einer bestimmten Absicht Meldungen, die nach oben oder nach unten abweichen. Man müsste dann auch versuchen, die Vor- oder Nachteile herauszubekommen, die entstanden sind.

Meine zweite Frage geht noch einmal an Herrn Dr. Leithner. Können Sie noch einmal im Einzelnen sagen, wann dieser Prozess in der Deutschen Bank aufgetaucht ist und wie Sie dann im Einzelnen und in welchem Zeitraum diesen Fragen nachgegangen sind, damit man auch da so ein bisschen eine Vorstellung hat, wie der Zeitablauf eigentlich gewesen ist?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Für die BaFin hat das Wort Herr Röseler.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Vielen Dank. Herr Troost, Sie sagten, wir seien erst 2012 wirklich aktiv geworden. Das stimmt so explizit nicht. Nicht auf jedes Marktgerücht, das auftritt, reagieren wir natürlich mit einer Sonderprüfung, denn das wäre überzogen. Wir sind auch vorher aktiv geworden in der Form, dass wir unser normales Instrumentarium anwenden, Auskunftersuchen an die Banken richten, bereits gelaufene Prüfungen gegebenenfalls erweitern und Banken eine Informationspflicht auferlegen, dass sie uns über ihre eigenen Untersuchungen berichten und wir die auch sehr eng begleiten. Was wir untersuchen? Wir haben nicht die Rolle einer Staatsanwaltschaft, wir untersuchen natürlich erst einmal, wie ist der Prozess dieser Referenz-Zinssatzermittlung in den Banken ausgestaltet. Welche Kontrollmechanismen gibt es da? Alles das, was unter das Thema Compliance fällt. Welche Zuständigkeiten gibt es? Sind die Führungskräfte und die Vorstände ihrer Pflicht nachgekommen, eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation darzustellen, und hat die Bank selber eine intensive, vorbehaltlose, eigene forensische Untersuchung durchgeführt? Das lassen wir

auch überprüfen. Das ist zum Prüfungsinhalt alles. Aber es stimmt definitiv nicht, dass wir erst in diesem Jahr aktiv geworden sind. Wir haben vorher nur ein anderes Instrumentarium angewendet.

Abg. Dr. Axel Troost (DIE LINKE.): Vielleicht kann ich nochmal nachfassen, weil das jetzt noch nicht die Frage der Vorteils- und Nachteilsuntersuchungen beantwortet. Und vielleicht auch noch einmal ganz konkret: Kriegen Sie dann von der Bank, z. B. der Deutschen Bank, eine Liste, was Sie in den letzten zwei Jahren für Zinssätze gemeldet hat? Wie erfolgt denn so eine Untersuchung, wenn man davon ausgeht, es hat Manipulation stattgefunden?

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Wenn man davon ausgeht, dass Manipulation stattgefunden hat – den Hinweis haben wir nur in ganz seltenen Fällen – dann überprüft die Bank, die Deutsche Bank in diesem Fall, wenn ich das sagen darf, alle Transaktionen, alle Meldungen, die gestartet worden sind, und unsere eigenen Prüfer prüfen, ob die Deutsche Bank diese eigene Untersuchung ordnungsgemäß durchführt. Wir checken jetzt nicht 15 Mio. Mails oder so etwas, sondern wir checken, ob die Bank das selber in ordnungsgemäßer Form macht.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank, Herr Dr. Leithner, bitte.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Zu Ihrer zweiten Frage hinsichtlich des Zeitablaufes. Wie ich eingangs schon einmal angesprochen habe, gibt es eine ganze Reihe von unterschiedlichen Untersuchungen von verschiedenen Behörden, die laufen. Und wir stehen dort unter sehr engen Vertraulichkeitsauflagen, weshalb, solange die Untersuchungen noch laufen, ich Ihnen über den Zeitablauf leider keine Details geben kann.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächster Fragesteller ist Abg. Dr. Schick für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte auch noch einmal Herrn Leithner fragen und dann gegebenenfalls nochmal eine Rückfrage stellen. Anknüpfend an das, was Abg. Troost gerade gefragt hat: Sie können uns aber doch sagen, was in Ihrem eigenen Haus wann geschehen ist. Das ist nicht verboten. Und da würde mich jetzt ein detaillierter Zeitablauf interessieren. Wann hat wer erfahren, dass es da ein Problem gibt, und wann sind dann welche Untersuchungen oder Maßnahmen erfolgt? Ich wüsste gerne den Zeitablauf, damit wir wissen, ob Sie da irgendwie reagiert haben, oder ob Sie es erst einmal haben laufen lassen. Dann würde ich gegebenenfalls noch einmal nachfragen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner hat das Wort.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Wir haben in diesem Zusammenhang natürlich sehr eng mit unseren Aufsichtsbehörden und den verschiedenen untersuchenden Behörden genau zu diesen Fragen zusammengearbeitet und das unmittelbar aufgenommen und weitergeleitet. Aus den Gründen, die ich eben schon angesprochen habe, kann ich Ihnen leider diese Detaillierung nicht geben, weil sie zu den laufenden Verfahren im Widerspruch stehen würde.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächster Fragesteller ist Abg. Brinkhaus für die Fraktion der CDU/CSU.

(Nichtrekonstruierbarer Zwischenruf aus der Zuhörerschaft)

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Eine Rückfrage, wenn die Kollegen einverstanden sind, gerne.

Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin jetzt kein Jurist. Aber ich würde jetzt gerne konkret wissen, welche Aufsichtsbehörde Ihnen untersagt, uns hier zu sagen, wann Sie erstmals von möglichen Problemen im Zusammenhang mit Libor-Datenmeldungen erfahren haben, und wer das gewesen ist, und was im Anschluss mit den betreffenden Mitarbeitern geschehen ist.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner, bitte.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Ich kann Ihnen die Informationen zu den involvierten Behörden geben, die die Untersuchungen bei uns im Haus angestoßen haben, mit denen wir hierbei zusammenarbeiten, das haben wir in Teilen auch veröffentlicht. Es handelt sich um US-Behörden, es handelt sich um kanadische Behörden, es handelt sich um englische Behörden, um die EU-Kommission, um Schweizer Behörden, um japanische Behörden, um südkoreanische Behörden.

Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nach Ihrem Haus gefragt.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Das sind eine ganze Reihe dieser Untersuchungen, bei denen die Informationen, nach denen Sie fragen, als Teil der laufenden Untersuchung betrachtet werden.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Abg. Brinkhaus hat das Wort.

Abg. Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Eine Frage an die BaFin, wer immer das auch beantwortet von Ihnen. Gibt es noch andere Indizes, die nach einem ähnlichen Verfahren wie der Libor bestimmt werden?

Und dann der zweite Teil der Frage würde sich dann auch, tut mir Leid, Herr Dr. Leithner, wieder an Sie richten. Können Sie ausschließen, dass auch bei Bestimmung von anderen Indizes oder ähnlichen Konstrukten Mitarbeiter der Deutschen Bank gegen Standards der Deutschen Bank verstoßen haben?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Für die BaFin hat das Wort Herr Caspari.

Sv Karl-Burkhard Caspari (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Das müsste ich Ihnen schriftlich nachreichen. Die Hauptindizes sind Euribor und Libor. Ähnliche Indizes gibt es für Tibor, Tokyo Interbank Offered Rate, oder auch in Singapur, aber eine umfangreiche Liste, die müssten wir Ihnen nachreichen. Da bitte ich um Nachsicht, weil das sind mehr als nur diese vier genannten Indizes. Das sind alle Indizes, die letztlich auf Schätzverfahren beruhen, wo sie keine Marktpreise zugrunde legen. Beim DAX haben sie die Börsenkurse, die werden nach bestimmten Gewichtungen einbezogen, und das können sie nachvollziehen, während sie bei den Schätzverfahren auf die Einschätzungen der beitragenden Banken und anderer Finanzinstitutionen angewiesen sind. Das würden wir Ihnen zusammenstellen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Das Angebot nehmen wir gerne an und verteilen es dann weiter. Herr Dr. Leithner, bitte.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Zu Ihrer Frage: Wie gerade eben von Herrn Caspari angesprochen, gibt es eine sehr große Anzahl von Referenz-Indizes, die ermittelt werden und denen wir auch Input geben. Insofern, zurückkommend auf meine Darstellung vorhin: Was wir festgestellt haben ist, dass wir Einzelpersonen haben, bei denen wir Fehlverhalten festgestellt haben. Wir haben unsere Untersuchungen auf diesen großen Raum der möglichen Referenz-Indizes in den letzten Monaten laufend ausgeweitet. Haben wir diese abgeschlossen? Zum jetzigen Zeitpunkt nein, aber die Grundaussage, die ich gemacht habe, dass wir keine Involvierung des Senior-Managements bei Manipulationsvorgängen haben, das wissen wir aufgrund der Vollständigkeit der Durchsicht. Und der zweite Punkt, wie ich gesagt habe, dass es sich ganz klar um Verhalten von Einzelpersonen handelt, auch das wissen wir abschließend. Können wir uns heute abschließend für die einzelnen Referenz-Indizes festlegen? Das können wir nicht.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächster Fragesteller ist Abg. Binding für die Fraktion der SPD.

Abg. Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Wir machen öfter solche Anhörungen. Und es ist zumindest heute auffällig, dass die Antworten sehr kurz sind, sehr reduziert im Gegensatz zu den anderen Anhörungen, in denen wir manchmal sehr ausführliche, manchmal sogar ausschweifende Antworten bekommen, und Sie können sich bei den Antworten auf meine Fragen ruhig etwas mehr Zeit nehmen. Ich würde gern den Herrn Bänziger noch einmal fragen, wie Sie die Abläufe in der Deutschen Bank beschreiben können, vielleicht ruhig mit der Nennung von Daten, mit Prozesssteuerung, mit Kontrollmechanismen, mit Aufsichtsverfahren, dass wir uns das ein bisschen genauer vorstellen können, was da passiert. Ich frage das jetzt Sie, weil Herr Dr. Leithner in diesen Antworten doch etwas kurzatmig war.

Aber ich möchte Herrn Dr. Leithner auch eine Frage stellen, abstrakt, weil er das sicher viel besser beantworten kann. Wer hat eigentlich Vorteile und Nachteile durch die Manipulation des Libor, aufgeteilt in zwei Aspekte? Wenn ich das mache, als jemand, der bei einer Bank arbeitet, könnte ich mir einen persönlichen Vorteil ausrechnen? Oder rechne ich mir einen Vorteil für das Unternehmen aus, so dass ich durch eine besonders unternehmensfreundliche Gestaltung vielleicht indirekt einen Vorteil haben könnte? Ich frage das deshalb, weil man umgekehrt wissen muss, wenn dort jemand einen Vorteil hat, macht man es zum Nachteil anderer. Und wenn wir wissen, dass z. B. viele klassische Anlageprodukte, ich will eines nennen, der Dispokredit z. B., häufig auf den Libor-Sätzen beruhen, dann wäre es doch interessant, die Vorteile und Nachteile persönlich und fürs Unternehmen etwas genauer zu verstehen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Bänziger, hat das Wort.

Sv Hugo Bänziger: Vielen Dank für die Frage. Der Vorstand der Deutschen Bank hat unmittelbar, nachdem er von den Aufsichtsbehörden erfahren hat, dass es zu Manipulationen kam, eine große Untersuchung eingeleitet. Wir haben unmittelbar Millionen von E-Mails gesichert, wir haben unmittelbar Finanzdaten gesichert. Ich kann Ihnen nicht sagen, was die Resultate sind. Die Untersuchung lief zum Zeitpunkt, als ich die Bank verlassen habe. Der Vorstand war in dieser Sache sehr aktiv, und was Herr Leithner gesagt hat, ist zutreffend.

Das Zweite, die Kontrollprozesse in einer großen Firma, die muss man sich so vorstellen: Zuerst ist das Linienmanagement verantwortlich. Wenn sie sich Verkehrsunfälle anschauen,

ist es nicht die Polizei, die für die Verkehrsunfälle verantwortlich ist, sondern der Fahrer, und das gilt auch bei uns in der Bank. Das Linienmanagement ist zuerst verantwortlich, dass die Managementstruktur stimmt, dass die Berichtslinien stimmen, dass die Prozesse laufen und dass auch die Vieraugenkontrolle, die das KWG vorschreibt, richtig durchgeführt wird. Dann gibt es anschließend zusätzliche Kontrollen. Und ich war ein Teil dieser Kontrollen, über die Rechtsabteilung und über Compliance – für die Bereiche, für die wir zuständig waren. Aber auch die Finanzabteilung macht ihren Teil, und so kommt der Vorstand dann zu einem abgerundeten Bild, was eigentlich läuft.

Wir haben in der Krise festgestellt, dass nicht alle Kontrollen so gut waren, wie wir uns das vorgestellt hatten. Der Vorstand hat im Jahr 2009 einen Bericht in Auftrag gegeben, um einmal alle Großverluste zu analysieren und genau hinzuschauen, ob wir etwas systematisch falsch gemacht haben. Der Bericht wurde von Herrn Ackermann in Auftrag gegeben. Ich habe ihn zusammen mit McKinsey erstellt, und es ging dort nicht um Libor, aber wir haben sehr genau unsere Managementprozesse und unsere Kontrollprozesse angeschaut, und es war nicht alles in Ordnung. Wir haben das entsprechend korrigiert. Ich glaube, Sie können davon ausgehen, dass der Vorstand wirklich alles unternommen hat, um wirksame Kontrollprozesse aufzusetzen. Und wenn wir erfahren haben, dass Kontrollprozesse nicht funktionierten, entweder von Außenstehenden oder durch eine interne Untersuchung, dann wurden die entsprechend berichtet.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Herr Dr. Leithner.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Zu der Frage der abstrakten Darstellung, wozu Herr Keenan in seinem Beitrag, den er vorab als Sachverständiger geleistet hat, auch eine Reihe von Darstellungen gegeben hat, ist zu sagen, dass es im Grunde genommen Veränderungen auf zwei Ebenen sind. Einerseits hinsichtlich Einzelpositionen und auf der anderen Seite hinsichtlich der Darstellung der Refinanzierungsfähigkeit von bestimmten Institutionen, so ist es auch in der Öffentlichkeit sehr breit diskutiert worden.

Zum zweiten Thema: Vor allem während der Finanzkrise ging es immer wieder um die Frage, wie sich, wie Herr Röseler angesprochen hat, viele der internationalen Banken refinanzieren können. Was sind die Signalwirkungen, die mit einem Input in diese Panels für Libor verbunden sind? Es ist die Frage, ob dort Sätze angegeben worden sind, die zu hoch oder zu tief waren. In der Regel würden tiefere Sätze angegeben, um eine gute Kreditwürdigkeit zu signalisieren. Wenn das theoretisch – und ich beziehe mich nur auf die öffentliche Presse und die Diskussionen dazu – der Fall ist, würde das in dieser Reihenfolge nahelegen, dass die Libor-Sätze während dieser Zeit tiefer waren als das, was sie der Sache nach sein sollten. Wenn es so wäre, wären die Dispokreditzinsen tiefer gewesen. Wieder in

einem völlig abstrakten Sinn, im Wesentlichen auf der Darstellung von Herrn Keenan und dem, was man in der Presse als Darstellungen sieht, beruhend, würde das die Reihenfolge beschreiben, die Sie ansprachen. Aber es kann natürlich genauso, um das klar zu sagen, in die andere Richtung gegangen sein. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend geklärt.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächster Fragesteller ist Abg. Sänger für die Fraktion der FDP.

Abg. Björn Sänger (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Dr. Leithner, Sie haben vorhin gesagt, Sie gehen voran mit Vorschlägen. Das finde ich gut. Welche Vorschläge machen Sie denn konkret zur Verbesserung der Situation?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner, bitte.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Wir sind natürlich in den verschiedenen internationalen Organisationen zu dieser Frage engagiert. Ich glaube der Wheatley-Bericht³, der in England vorgelegt wurde, ist sicherlich ein zentrales Stück Arbeit dabei und viele der dort aufgeführten Punkte würden wir auch als solche unterschreiben und würden wir auch selbst zur Einführung befürworten, wenn man über die Reformierung des Libors im nächsten März nachdenkt. Zu diesen konkreten Vorschlägen gehören vor allen Dingen vier Themen. Eine Reihe von ähnlichen Empfehlungen durch internationale Organisationen werden in diesen Wochen folgen. Die vier Themen, die auch Herr Dombret von der Bundesbank in seinen Ausführungen dargestellt hat, sind erstens Klarheit in den Prozessen, die bei den verschiedenen Input-gebenden Instituten anzuwenden sind. Das ist als Zweites eine Reduzierung der Referenzpunkte. Es wurde eingangs angesprochen, dass aktuell bei Libor 150 solcher Datenpunkte jeden Tag durch jede der Panel-Banken einzugeben sind. Zwischen 11 Uhr und 11.15 Uhr müssen 150 solcher Datenpunkte bereitgestellt werden. Für viele dieser Laufzeiten zwischen ein und zwölf Monaten - je Währung sind es zehn verschiedene Laufzeiten - gibt es oftmals an dem entsprechenden Tag keine Liquidität bzw. keine Transaktionspreise, wie es auch vorhin von Herrn Röseler angesprochen wurde. Deswegen ist ein wichtiger Vorschlag, sich auf jene Bereiche zu konzentrieren, in denen es auch Liquidität gibt und damit die Vertrauenswürdigkeit der Referenz-Sätze sicherzustellen. Ein drittes Thema ist, dass man eine verzögerte Veröffentlichung dieser Input-Daten durchführt. Denn damit verhindert man, dass Institute durch ihre tägliche Meldung in diese Panel, die am nächsten Tag veröffentlicht wird, eine Aussage über ihre eigene Refinanzierungskosten nach außen geben. Dieser Anreiz, den ich vorhin beschrieben

³ The Wheatley Review of LIBOR: final report.

habe, würde bewusst wegfallen, wenn man diese Sätze z. B. erst 30 Tage später veröffentlicht. Das letzte Thema sind die Betreiber. Wir hatten dazu vorhin angesprochen, dass wir - wieder in Einklang mit dem Wheatley-Bericht - glauben, dass es private Betreiber sein sollten, auch aufgrund des Feedbacks, das wir von unseren Kunden bekommen. Aber am Ende des Tages ist das natürlich eine Entscheidung, die offen ist und die sicherlich auch zwischen den verschiedenen Ländern und Marktbereichen unterschiedlich ausfallen wird. Aber das sind die vier Themen, die im Einklang mit dem, was Herr Dombret von der Bundesbank in seiner schriftlichen Einreichung dargestellt hat, unmittelbar helfen werden und die auch kurzfristig umsetzbar sind.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Abg. Kudla für die Fraktion der CDU/CSU:

Abg. Bettina Kudla (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, meine Frage geht an die Deutsche Bank und an die Portigon AG. Wir haben jetzt viel von Libor-Manipulationen gehört, das ist auch im Grunde die Oberüberschrift der Anhörung. Gleichwohl würde ich jetzt noch einmal eine grundsätzliche Frage stellen. Welche Bedeutung hat denn nun eigentlich der Libor für das Bankgeschäft, insgesamt für das Kreditgeschäft, für das Anlagegeschäft, für das Refinanzierungsgeschäft? Könnten Sie dazu nochmal einige Ausführungen machen?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Für die Deutsche Bank hat das Wort Herr Dr. Leithner? Herr Dr. Leithner, bitte.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Ich glaube, dass die öffentliche Wahrnehmung von Libor und - noch wichtiger für uns - von Euribor in der Tat gerechtfertigt ist. Die Referenz-Sätze sind weit verbreitet als Anhaltspunkt für Finanztransaktionen. Das beginnt insbesondere mit den Finanztransaktionen im Derivatebereich. Es gibt eine ganze Reihe von Terminkontrakten, die in großen Volumina gehandelt werden, die am kurzen Ende der Zinskurve auf diese Referenz-Zinssätze in den verschiedenen Währungen aufbauen. Es geht weiter mit langfristigen Derivaten, die sehr aktiv zur Bilanzsteuerung genutzt werden, im Grunde Swap-Geschäfte, die auch wiederum am kurzen Ende und in den revolvingierenden Elementen auf diesen Referenz-Zinssätzen aufbauen. Man muss aber auch sagen, dass die Euribor-Zinssätze im Firmenkundenkreditgeschäft als Basiszinssatz dienen, genauso wie es - in Deutschland weniger als in anderen Märkten - auch im Retail-Bereich, also im Privatkundenbereich, Produkte gibt, die auf diesen Referenz-Sätzen aufbauen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Es folgt Herr Voigtländer.

Sv Dietrich Voigtländer (Portigon AG): Ich teile die Einschätzung von Herrn Dr. Leithner, dass dieser Referenzzinssatz eine wichtige Bedeutung hat und zu den einzelnen Ausführungen von Herrn Dr. Leithner habe ich ansonsten nichts weiter hinzuzufügen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Das Wort hat Abg. Zöllmer für die Fraktion der SPD.

Abg. Manfred Zöllmer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage geht an den Vertreter der Portigon AG. Ich meine, man muss sich erst einmal an den Namen gewöhnen, WestLB war über Jahrzehnte bekannt, bei Portigon muss man erst einmal nachdenken. Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, Sie sind nicht schuldig, Sie sind nicht beteiligt gewesen an irgendwelchen Manipulationen. Deswegen meine Frage: Was haben Sie unternommen, um zu diesem Ergebnis zu kommen und warum glauben Sie, werden Sie eigentlich neben der Deutschen Bank genannt, wenn es um diese Fragen der Libor-Manipulation geht?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Voigtländer hat das Wort.

Sv Dietrich Voigtländer (Portigon AG): Ich möchte zunächst gerne den zweiten Teil der Frage beantworten. Wenn man sich das Libor-Panel anguckt, dann sind nicht so viele deutsche Banken in der Vergangenheit dabei gewesen. Das waren eben die WestLB der früheren Prägung und beispielsweise die Deutsche Bank. Das ist sicherlich der Grund, warum die WestLB genannt wurde. Und ich teile Ihre Einschätzung, dass Portigon noch nicht so bekannt ist. Aber heute ist eine gute Gelegenheit, das neue Geschäftsmodell der Portigon auch hier bekannt zu machen.

Die zweite Frage will ich auch sehr ernsthaft beantworten. Unmittelbar nachdem wir, das Datum ist auch von Herrn Röseler genannt worden, im April 2010 über die FSI ein Anschreiben der CFTC bekommen hatten, haben wir unverzüglich mit entsprechenden eigenen Untersuchungen begonnen, aber auch weitere Spezialisten zusätzlich eingeschaltet und das umfassend aufgearbeitet. Die Untersuchungen, auch der Bankenaufsicht, sind noch nicht beendet. Für eine weitere Einschätzung und Positionierung muss ich es wie auch Herr Dr. Leithner machen. Es laufen in den USA Sammelklagen. Und nach dem US-amerikanischen Recht existieren in diesem Zusammenhang bestimmte schützenswerte Inhalte, da sind wir als Vorstand verpflichtet, die wir das Vermögen des Unternehmens zu schützen haben, auch diese Informationen zu schützen. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass wir zu diesen laufenden Untersuchungen vor dem Finanzausschuss nichts sagen können.

Zur Frage, warum wir zu der Auffassung gelangt sind, dass wir an dieser Stelle nicht betroffen sind: Erstens haben wir als Zwischenergebnis dieser Untersuchung keine Händler entlassen, suspendiert oder versetzt. Viel wichtiger ist aber, das hatte ich bereits ausgeführt, dass infolge der EU-Entscheidung vom Mai 2009, und dem ging ein langer Verhandlungsprozess voraus, sehr klar war, die WestLB damaliger Prägung musste sich massiv reduzieren, d.h. die Bilanzsumme um 50 Prozent reduzieren etc. Und in diesem Zusammenhang ist auch - mit einem komplett neuen Vorstand - die Abhängigkeit vom Interbankenmarkt signifikant reduziert worden. Die Refinanzierungsbasis der WestLB konzentrierte sich im Rahmen dieser Restrukturierung auf die Refinanzierung durch Sparkassen, die öffentliche Hand etc., so dass die Abhängigkeit vom Interbankenmarkt deutlich geringer wurde. Aus diesem Grunde haben wir uns auch darum bemüht, dass die WestLB aus all diesen Panels ausscheidet. Ich bitte auch zu berücksichtigen: Die Jahre 2008/2009/2010 waren für alle Banken weltweit, in Europa und insbesondere für die Landesbanken sehr schwierig. Wenn man in dieser Situation nicht in einem kontrollierten Prozess aus den Panels ausgeschieden wäre, hätte das vom Markt dahingehend missinterpretiert werden können, dass dort die Refinanzierung nicht mehr sichergestellt ist. Deswegen war das ein sehr vorsichtiger Prozess, den wir auch in unserer Stellungnahme dargestellt haben.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Abg. Flosbach für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Vielen Dank. Es ist auch für mich, ich denke an den Abg. Binding, das erste Mal, dass wir nach einer Stunde schon 40 Antworten gehört haben. Das haben wir im Finanzausschuss noch nie erlebt. Ich weise darauf hin, wir sind hier kein Untersuchungsausschuss, sondern wir sind der Finanzausschuss, und wollen die ganze Sache verstehen, was da passiert. Es hat nun schon einige Prozesse gegeben, und es hat auch schon einige Schadensersatzansprüche gegeben und auch Zahlungen. Hier muss es irgendwelche Ergebnisse gegeben haben, was passiert ist, wo es Gewinner, wo es Verlierer gab. Ich bitte Sie, Herr Bänziger, noch einmal darzustellen: Was ist in den Märkten hier passiert? Und worauf basieren beispielsweise die Schadensersatzansprüche, die bisher geleistet werden mussten? Und ich bitte auch Herrn Keenan, diese Frage von noch einmal zu beantworten.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Bänziger hat das Wort.

Sv Hugo Bänziger: Bis zu meinem Ausscheiden aus der Bank wurden keine Schadensersatzansprüche befriedigt, und für den Rest muss ich auf Herrn Leithner verweisen, das weiß ich einfach nicht.

Jetzt zur Frage, wie die Märkte funktionieren. Es ist eigentlich nicht besonders schwierig. Sie haben Begeber von Anleihen, die Geld brauchen. Die zahlen in der Regel gerne einen fixen Coupon, einen festen Zinssatz, weil diese Aufwendungen irgendwo in einem Budget für ein Projekt, einem Budget für eine Akquisition oder irgendwo sonst eingeplant sind - die mögen in der Regel gerne feste Zinssätze. Wenn sie bei den Vermögensverwaltern schauen, die auf der anderen Seite stehen, die die Papiere dann kaufen, die haben eigentlich lieber variable Zinssätze, weil sie sonst dem Zinssatzrisiko der Zentralbanken ausgesetzt sind. Die hätten gerne den Credit Spread, wie man sagt, die Kreditmarge. Das sind eigentlich die natürlichen Käufer. Es gibt immer Ausnahmen, das ist hundertprozentig so. Und deshalb steht die Bank zwischen diesen beiden Kategorien. Sie haben diejenigen, die gerne einen festen Zinssatz zahlen und diejenigen, die gerne einen variablen Zinssatz kriegen würden. Das ist das Swap-Geschäft, das die Banken betreiben, und das ist ein gutes Geschäft. Die Bank kriegt bei den meisten ihrer Geschäfte einen festen Zinssatz und zahlt einen variablen Zinssatz. Dabei könnte es einen Interessenkonflikt geben, und deswegen ist es wichtig, dass man sich die Prozesse anschaut.

Das Thema war für den europäischen Kapitalmarkt, für die Engländer, für die Holländer, für alle diejenigen, die Schwierigkeiten hatten, sich zu refinanzieren, ein viel größeres Problem als es das für die Deutsche Bank war. Sie können sich vielleicht erinnern, dass der Vorstand der Deutschen Bank die Bank sehr gut durchfinanziert hatte. Wir hatten im Jahr 2008, als wir in die Lehmann-Krise reinkamen, so viel Liquidität, dass unsere Treasury z. T. bis -200 Basispunkte quotieren musste, um überhaupt Geld anzunehmen, also die wurden von liquiden Mitteln überschwemmt, weil wir so gut aufgestellt waren. Und deshalb kann ich mir nicht vorstellen, dass die Deutsche Bank diesen Zinssatz manipuliert hätte. Es hätte gar nichts gebracht. Wir waren nicht in dieser Lage. Das war ganz anders für andere Institute, das war für die Engländer anders, das war für die Schweizer anders, das war für die Holländer anders, aber die Deutsche Bank brauchte das nicht. Ich habe die Schlussresultate des Berichts, den wir in Auftrag gegeben haben, nicht gesehen, und Herr Leithner hat Recht, man darf sie nicht veröffentlichen, weil man sich sonst den Risiken der Sammelkläger in den USA aussetzen würde. Aber ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass das in der Deutschen Bank systematisch geschehen ist.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Es folgt Herr Keenan.

Sv Douglas J. Keenan: Ja, okay. Es gab zwei verschiedene Beweggründe für die LIBOR-Manipulationen. Einer der Gründe ist im Jahr 2008 zu sehen, damals wollten die Banken... Manche Banken hatten Liquiditätsprobleme, und das wollten sie vertuschen, daher machten sie falsche Angaben zum LIBOR. Und zu diesem Zeitpunkt gerieten die LIBOR-Manipulationen wesentlich stärker ins Licht der Öffentlichkeit. Es gibt aber einen weiteren Grund für die LIBOR-Manipulationen: die Steigerung der Handelsgewinne. Und das gab es überall – bzw. es war normal – spätestens seit 1991. Es war in der gesamten Finanzindustrie normal – das gilt zumindest für London; zu dem, was in Frankfurt ablief, kann ich nichts Genaueres sagen. In London aber haben das praktisch alle Banken gemacht. Es war gängige Praxis, und alle wussten das.

Der Grund dafür, dass so lange nichts passiert ist, liegt darin, dass die Bankenaufsicht eine Lachnummer war. Und im Grunde muss man sich an dieser Stelle entscheiden: Ist man bereit, Geld in die Hand zu nehmen, damit hochqualifizierte Leute bei den Aufsichtsbehörden arbeiten? Das Problem gibt es doch überall. So ist die US-Börsenaufsichtsbehörde SEC in jüngster Zeit in mehreren Fällen mit dem Versuch gescheitert, Personen für die Finanzkrise strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Sie musste klein beigeben und hatte sich bis auf die Knochen blamiert. Und der Grund dafür ist, dass die Mitarbeiter der SEC so schlecht bezahlt werden – sie taugen einfach nichts. Es geht also um die grundsätzliche Frage: Ist man bereit, anständige Gehälter zu zahlen, um dafür zu sorgen, dass kompetente Mitarbeiter bei den Aufsichtsbehörden tätig sind? Und wenn nicht, bekommt man eben nur Leute mit geringer Kompetenz, und man muss sich weiterhin mit der Art von Problemen herumschlagen, die wir hier bei den Libor-Manipulationen gesehen haben. Die Libor-Manipulationen gab es überall, bzw. es hat sie seit zwanzig Jahren überall gegeben. Und ich habe das beobachtet, ich habe mit vielen anderen Leuten gesprochen, die das auch beobachtet haben, und alle sagen das Gleiche: Das ist normal.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Nächster Fragesteller ist Abg. Pitterle für die Fraktion DIE LINKE..

Abg. Richard Pitterle (DIE LINKE.): Ich habe zunächst eine Frage an die BaFin. Sie haben vorher gesagt, dass Sie gerne die Ausführungen von Herrn Keenan früher gelesen hätten. Daraus entnehme ich, dass offensichtlich Ihr Haus - wenn wir jetzt wieder Herrn Keenan gehört haben, der sagt, das haben eigentlich alle gewusst - nicht weiß, was auf dem Markt läuft. Wie wollen Sie denn zukünftig sicherstellen, dass Ihnen solche Vorgänge nicht entgehen? Ich denke da nicht an Einsatz von V-Leuten, aber irgendetwas müssen Sie sich überlegt haben, wie man das künftig verhindert.

Und nochmal eine Frage an Herrn Keenan. Sie haben die Antworten der anderen Experten gehört. Was meinen Sie dazu? Ich empfand viele Antworten als sehr ausweichend und hätte gerne noch Ihre Gesamteinschätzung dessen, was wir gehört haben. Danke.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Röseler hat das Wort.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Es wird Sie nicht überraschen, aber den Vorwurf, dass wir nicht wissen, was auf dem Markt läuft, weise ich natürlich aufs schärfste zurück. Richtig ist, wir hatten ab 2008 das Gefühl, der Libor spiegelt nicht die ganze Realität wider, weil die Märkte verkrustet sind, und beim Libor bewegt sich nicht viel. Das ist, was Herr Bänziger eben aber auch beschrieben hat, manche Banken hatten Refinanzierungsprobleme, es betraf weniger deutsche Institute. Was wir 2008 nicht gelesen hatten, war konkret, dass in krimineller Weise versucht worden ist, den Libor zu manipulieren. Diese Meldung kam erst deutlich später. Ich habe auch von Ihnen keinen Artikel von deutlich vor 2008 dazu gelesen.

Was unternehmen wir, um zu wissen, was auf dem Markt passiert? Ich meine, wir unternehmen sehr viel, und die BaFin hat sich in den letzten Jahren auch deutlich gewandelt. Herr Leithner wird bestätigen können, wir suchen wirklich den engen Dialog und auch den kritischen Dialog mit allen Instituten. Die Banker, die hier sind, werden es beide bestätigen können. Wir sind auch nicht immer bequeme Gesprächspartner, und wir haben einen tiefen Wissensdurst. Und ich behaupte, wir wissen sehr genau, was auf dem Markt los ist. Wir bekommen auch Gerüchte sehr genau mit, was auf dem Markt los ist. Aber nicht jedes Gerücht rechtfertigt es, dass wir die ganze Maschinerie, die eine Aufsicht zur Verfügung hat, direkt starten. Nicht jedes Gerücht rechtfertigt eine Sonderprüfung. So viel dazu.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Keenan, Sie haben das Wort.

Sv Douglas J. Keenan: Ja, mein Eindruck von den Antworten der anderen... Wie ich schon sagte, das gibt es wirklich überall. Alle wussten das. Was also die Antworten dieser anderen Leute anbelangt: Es gibt eigentlich nur zwei mögliche Erklärungen. Und diese Erklärungen wurden auch bereits genannt. Das bedeutet: Entweder haben die Leute, die die Antworten geben, keine Ahnung, wie die Märkte eigentlich funktionierten – was deren außergewöhnlich große Inkompetenz beweist – oder ihre Antworten waren unehrlich. So sieht es aus, andere Möglichkeiten gibt es nicht.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächster Fragesteller ist Abg. Brinkhaus für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Wir haben jetzt noch eine Viertelstunde, und für mich ist es Anlass, eine Zusammenfassung zu machen und daraus eine Frage herzuleiten. Die Frage wird sich an Herrn Bänziger und an die BaFin richten.

Ich habe jetzt gelernt, dass, – je nach wording, Herr Röseler hat sich da unterschiedlich ausgedrückt – Absprachen getroffen worden sind bzw. der Verdacht besteht. Eben ist das Wort von kriminellen Handlungen gefallen. Jetzt haben die hier sitzenden Bankvorstände oder der hier sitzende Bankvorstand gesagt, wenn das bei uns im Haus der Fall ist, wenn da gegen Standards der Deutschen Bank verstoßen worden ist, dann ist das so, dass das nicht durch das Senior-Management befördert, gedeckt oder sonst durch irgendeine Beteiligung mit verschuldet worden ist. Das glaube ich Ihnen auch.

Wenn es jetzt aber so ist, dass das Senior-Management eines Unternehmens auch die Kultur des Unternehmens vorgibt - und ich gehe davon aus, dass die Kultur der Deutschen Bank und auch der anderen Banken, Portigon und aller Banken, die im US-Markt tätig sind, darauf ausgerichtet ist, nicht nur das Beste für den Kunden zu wollen, sondern auch alle Gesetze einzuhalten - und wenn Sie dann nicht ausschließen können, dass diese Unternehmenskultur nicht bis in die einzelnen Verästelungen, in die Tiefen des sehr komplexen großen Bankkonzerns gelebt wird, dann stellt sich für mich die Frage, ob wir dann ein derartiges Konstrukt in irgendeiner Verantwortung belassen können, die systemische Risiken birgt.

Das heißt, wenn Sie nicht garantieren können, von Ihrer Leitungsentscheidung und von Ihrer Unternehmenskultur her, dass es innerhalb Ihres komplexen Unternehmens nicht Menschen gibt, die Gesetze brechen - "Ihr" ist neutral, ich spreche jetzt nicht die Deutsche Bank an, sondern Sie beiden als Experten - wenn es nicht auszuschließen ist, dass es so etwas gibt, dann muss ich die Frage stellen: a) kann ich es überhaupt zulassen, dass es Institute gibt, die systemische Risiken verursachen oder b) muss ich diese Institute so zurecht dampfen und so verkleinern, dass es möglich ist, auch eine komplette Aufsicht von der Unternehmensspitze bis hin in die einzelnen Verästelungen hinzukriegen? Dazu würde ich gerne das Urteil von Ihnen als ehemaligem Risikomanager der Deutschen Bank haben. Haben wir da ein grundsätzliches systematisches Problem? Sind Institute wie die Deutsche Bank bezüglich dieser Sachen überhaupt noch steuerbar? Und ich würde dann auch die BaFin um die Einschätzung bitten, ob das ihrer Ansicht nach gegeben ist und welche politischen Konsequenzen wir gegebenenfalls daraus zu ziehen haben.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Bänziger hat das Wort.

Sv Hugo Bänziger: Ich habe in meinem vorherigen Votum gesagt, wir hatten im Jahr 2009 eine tiefgehende Untersuchung angestoßen, um zu klären, weshalb es auch in der Deutschen Bank zu so vielen Verlusten gekommen ist. Die waren sehr groß - Sie können sich sicher an den Jahresverlust 2008 noch erinnern. Wir waren unter Druck, und den Vorstand hat natürlich sehr interessiert, was die Ursachen waren. Dem sind wir genau nachgegangen, und einer der Punkte, die wir gefunden haben, war eine ungenügende Risikokultur. Wir mussten ganz neue Prozesse einziehen. Wir haben Prozesse eingezogen, mit denen wir die Performance von Tradern nach 2009 individuell analysiert haben. Wir haben verfolgt, ob sie ins Compliance-Training gehen, gewisse Sachen machen oder nicht, sich an die Vorschriften halten - und das hat sich wesentlich verbessert. Wir haben auch erst seit ungefähr diesem Zeitpunkt tiefgreifende Maßnahmen ergriffen, um Großbetrug im Handelsraum zu verhindern. Es waren sehr viele EDV-Investitionen notwendig. Der Vorstand war sehr aktiv, nachdem wir festgestellt haben, wo die Mängel lagen. Ob das auch für den Libor zutrifft, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich es effektiv nicht weiß, und das wird uns erst die Untersuchung zeigen. Darin werden auch die Gewinn- und Verlustrechnung sowie Einzeltransaktionen untersucht, und dort wird das herauskommen. Ich weiß es effektiv nicht. Wenn wir das gewusst hätten damals oder wenn wir Anzeichen gehabt hätten, hätten wir die Sache auch unterbunden.

Jetzt zu Ihrem zweiten großen Themenkreis: Kann man ein systemrelevantes Institut tolerieren, wenn es dort keine Risikokultur bzw. Kultur gibt? Da würde ich sagen, die Frage beantwortet sich fast selbst: Da müssen Sie sagen, nein, das können Sie nicht. Ich glaube aber, dass der Vorstand der Deutschen Bank, sowohl der frühere Vorstand als auch der jetzige, alles unternimmt, um diese Kultur zu schaffen. Ich glaube, das, was Herr Achleitner⁴ gesagt hat, seit er in der Verantwortung ist oder was die beiden Co-Vorstandsvorsitzenden gesagt haben, das geht ebenfalls in die gleiche Richtung. Dann gibt es natürlich die Frage: Wie soll man eine Bank aufstellen? Da habe ich eine andere Meinung als die Deutsche Bank. Sie wissen, dass ich Teil der Liikanen-Gruppe⁵ war. Ich finde, ein Teil der Geschäfte ist so risikoreich, dass, wenn er zu groß ist, die Absorbierungskapazität des Kapitals überschritten wird. Ich finde, dass man solche Geschäfte deshalb in eine Tochtergesellschaft auslagern sollte, die sich selber finanzieren muss und die auch selber Kapital vorhalten muss. Aber das steht in dem Liikanen-Bericht, den ich hundertprozentig unterstütze, da müssen wir heute nicht drüber sprechen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Es folgt Herr Röseler.

⁴ Paul Achleitner ist seit dem 31. Mai 2012 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank.

⁵ Hochrangige Expertengruppe für mögliche Reformen der Struktur des Bankensektors in der EU.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Vielen Dank. Ihre Frage zielt letztlich auf das Thema "too big to fail".

(Nichtrekonstruierbarer Zwischenruf aus der Zuhörerschaft)

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Das würde ich jetzt eng verwandt damit sehen, weil Größe geht mit Komplexität einher. Einige Schritte sind unternommen worden, um das Thema anzugehen, Basel III ist einer dieser Schritte. Da will ich hoffen, dass das zügig umgesetzt wird. Die ganzen Arbeiten zu Recovery and Resolution Plans sind solche Schritte. Sie wissen, dass wir gerade ein Rundschreiben entwickelt haben, in dem wir die Banken auffordern, Sanierungspläne einzureichen, das ist ein solcher Schritt. Aber ehrlich muss man sagen: Das Problem "too big to fail" oder "too complex to control" ist, Stand heute, nicht gelöst. Deswegen begrüße ich den Bericht der Liikanen-Gruppe. Ich meine, darin finden sich viele Vorschläge, die nicht einfach umzusetzen sind, da stellen sich noch schwierige Fragen. Aber nur weil die Fragen schwierig sind, sollten wir nicht darauf verzichten, nach Antworten zu suchen. Ich glaube nicht, dass man die Vorschläge so eins zu eins umsetzen kann, aber ich glaube, dass wir auf jeden Fall darüber diskutieren müssen, was man von diesen Vorschlägen in sinnvoller Weise auch in den deutschen Bankenmarkt einbringen kann. Das ist dann vielleicht ein weiterer Schritt, um dieses Problem anzugehen. Ob wir es damit ganz gelöst bekommen, würde ich jetzt erst einmal dahinstellen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort Abg. Dr. Schick.

Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte nochmal eine Frage an Herrn Leithner, gegebenenfalls wieder mit einer Rückfrage. Es sind zwei Mitarbeiter der Deutschen Bank in den Medien genannt worden, nämlich Christian W. und Guillaume A., wenn ich das richtig wahrgenommen habe, und mich würde interessieren, an welcher Stelle die in der Hierarchie standen und wer deren Vorgesetzte waren. Und mich würde interessieren, ob es Abfindungszahlungen an diese gegeben hat oder ob noch heute Geschäftsbeziehungen zu denen bestehen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Leithner hat das Wort.

Sv Dr. Stephan Leithner (Deutsche Bank AG): Sie werden verstehen, dass vor dem Hintergrund dessen, was vorhin auch von Herrn Voigtländer gesagt worden ist, ich Ihnen leider zu den Einzelfällen in den laufenden Untersuchungen keine Auskunft geben kann.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Für die Fraktion der FDP ist nächster Fragesteller Abg. Sänger.

Abg. Björn Sänger (FDP): Vielen Dank. Ich habe jetzt gelernt, dass Herr Keenan eine Formel aufgestellt hat, die man in einem Koordinatensystem abtragen kann, und zwar auf der X-Achse das Einkommen der Aufsichtsmitarbeiter und auf der Y-Achse die Wahrscheinlichkeit, Manipulationen am Libor festzustellen. Deswegen frage ich die BaFin, wo würden Sie sich auf diesem Koordinatensystem einordnen bzw. was müssen wir gegebenenfalls verändern, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, derartige Dinge rechtzeitig zu bemerken?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Röseler hat das Wort.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Ich möchte jetzt nicht meine eigene Gehaltsstruktur mit Ihnen diskutieren, das erwarten Sie wahrscheinlich aber auch nicht. Wir stehen natürlich bei der Rekrutierung von Mitarbeitern im Wettbewerb mit Banken und Marktteilnehmern, das ist so. Und die zahlen oft auch besser, aber dafür bieten wir andere Vorteile. Stand heute, tun wir uns nicht schwer, gute und qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen, auch nicht mit Beamtenälär. Dazu gehört auch, dass, wenn sie bei uns arbeiten, sie zu den Guten gehören, das ist per se schon ein Vorteil auf dem Arbeitsmarkt.

(Allgemeine Heiterkeit und Unruhe)

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächster Fragesteller ist Abg. Scheelen für die Fraktion der SPD.

Abg. Bernd Scheelen (SPD): Herr Bänziger hat vorhin gesagt, die Polizei ist nicht Schuld am Verkehrsunfall. Das ist richtig, das ist dann eher der Fahrer. Wenn es sich aber bei dem Fahrer um einen LKW-Fahrer handelt, der im Auftrag eines Logistikunternehmens unterwegs ist und Regeln missachtet hat, dann ist vielleicht auch das Senior-Management nicht ganz unschuldig an der Geschichte. Deswegen möchte ich die Frage von Herrn Binding nochmal wiederholen. Ich glaube, eine richtige Antwort darauf ist nicht gekommen. Wer profitiert eigentlich von solchen Manipulationen? Kann es sein, dass auch einzelne Mitarbeiter - auf die wird es letztlich dann abgeschoben - etwas davon haben, außer einer indirekten Wirkung und dass es dem Haus vielleicht besser geht? Das wüsste ich gerne, und die Frage würde ich an Herrn Voigtländer und an die BaFin stellen. Wer profitiert theoretisch von so etwas, nur das Haus oder auch einzelne Personen?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Voigtländer hat das Wort.

Sv Dietrich Voigtländer (Portigon AG): Ich hatte es schon speziell für den Fall WestLB respektive Portigon gesagt: Es kommt es eben drauf an, wie man insgesamt positioniert ist. Es ist nicht so, dass man quasi nur auf einem Bein steht. Ich halte die Wahrscheinlichkeit für gering, dass durch eine solche Manipulation singulär die Bank, ein Bereich, eine Untereinheit oder ein Buchverantwortlicher profitiert. Und für die WestLB respektive Portigon, das kann ich hier sagen, ist das aufgrund unserer Untersuchung quasi auszuschließen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Es folgt Herr Röseler.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Da kann ich Herrn Voigtländer nur zustimmen. Meine persönliche Vermutung ist - wir sind da aber zu weit am Anfang, um mehr zu sagen -: Es geht letztlich um die Tantieme der einzelnen Mitarbeiter, die das machen. Das dürfte der Anreiz sein.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Nächste Fragestellerin ist Abg Lips für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Patricia Lips (CDU/CSU): Meine erste Frage zielt noch einmal auf das, was Abg. Brinkhaus mit seiner letzten Frage auch ein Stück weit intendiert hatte. Wir haben zwei Möglichkeiten, wenn etwas passiert ist, was nicht passieren sollte, Dinge zu ändern. Die eine ist, dass man von außen, ob das jetzt eine Aufsichtsbehörde ist oder ob das der politische Gesetzgeber ist, Dinge ändert und veranlasst, um etwas für die Zukunft möglichst auszuschließen. Ganz wird man das nie können. Und zum Zweiten kann natürlich der Betroffene selber in seinen eigenen Reihen aus der Erfahrung heraus etwas ändern. Wir haben vorhin gehört, dass bei der Deutschen Bank und eventuell auch bei anderen Instituten durchaus Maßnahmen eingeleitet worden sind, auch im Zusammenhang mit anderen Fällen.

Meine Frage geht an die BaFin, ob Sie das auch spüren, dass sich innerhalb der Institute, ob sie betroffen von diesem Vorfall sind oder nicht, durch die Lehren daraus etwas geändert hat. Und das Zweite, ebenfalls an die BaFin, wäre eine Einschätzung der Frage, mit welchem Zeitplan zukünftig etwas geändert wird bzw. geändert werden sollte, jenseits der Aufklärung der aktuellen Vorfälle.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Röseler hat das Wort für die BaFin.

Sv Raimund Röseler (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Zumindest zum ersten Teil, der zweite Teil ist für Herrn Caspari. Ich habe die Einschätzung, alle Banken nehmen dieses Thema sehr ernst. Das ist bei allen Banken mit ganz hoher Priorität im Senior-Management verortet. Alle Banken haben selber schon Initiativen gestartet, die Kontrollprozesse, die Compliance-Prozesse für das Thema Libor zu ändern. Wir haben ihnen noch einmal konkrete Vorgaben gemacht. Ich kann Ihnen sagen, da stehen Sachen drin wie das Vieraugenprinzip, verbesserte Dokumentationspflichten, schriftliche Prozessbeschreibungen und die Definition klarer Zuständigkeiten. Dass wir die Vorgaben machen, deutet natürlich darauf hin, dass genau solche simplen Sachen vorher nicht ausreichend vorhanden waren, erschreckend genug. Mein Eindruck ist, die Banken sind sehr gewillt, dieses Thema mit Hochdruck anzugehen. Wir werden uns auch relativ kurzfristig bei allen Banken davon überzeugen, dass es erfolgreich umgesetzt worden ist. Und zusätzlich gibt es noch Initiativen zur Gestaltung des gesamten Libor-Prozesses auf der Ebene EBA/ESMA. Da kann Herr Caspari mehr zum Zeitplan sagen als ich.

Sv Karl-Burkhard Caspari (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Vielen Dank. Es gibt einmal eine Initiative von EBA⁶ und ESMA⁷ über Guidelines oder Principals, Vorschläge zu unterbreiten, wie man das vorhin von Herrn Leithner skizzierte Verfahren umsetzen kann und zwar hinsichtlich der verschiedenen Adressaten. Das sind einmal die Kontributoren, diejenigen, die die Zahlen zuliefern, dann gibt es die Administratoren, die die Zahlen einsammeln, und dann gibt es diejenigen, die den Index letztlich betreiben. Und da gilt es, Grundsätze aufzustellen, bezüglich der Transparenz und bezüglich der Corporate Governance.

Was ebenfalls überlegt wird, ist, wie man den Ausstieg hinbekäme. Wie komme ich bei den Billionen oder Hunderten von Milliarden, die auf Libor basieren, zu einem anderen Produkt, zu einem anderen Referenz-Zinssatz? Das ist eine Rechtsfrage, die auch nicht ganz einfach zu lösen ist. Daneben gibt es auf globaler Ebene bei der IOSCO⁸ ebenfalls die Entwicklung von Principals. Dazu wird es aller Voraussicht nach sowohl bei EBA und ESMA wie auch bei IOSCO im Januar ein Konsultationspapier geben, mit dem Ziel, bis zum ersten Quartal – jedenfalls bei ESMA und EBA – zu Principals zu kommen. Hoffentlich kommen wir auch bei der IOSCO zu entsprechenden Vorschlägen, die dann den Vorteil hätten, dass sie global anzuwenden wären.

⁶ European Banking Authority/Europäische Bankenaufsichtsbehörde.

⁷ European Securities and Markets Authority/Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde.

⁸ International Organization of Securities Commissions.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank. Wir sind am Ende der vereinbarten Zeit angekommen. Ich danke allen, die als Sachverständige unserer Einladung gefolgt sind, schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Ende der Sitzung: 14.01 Uhr

Dr. Birgit Reinemund, MdB

Vorsitzende